

Kommissionssekretariat: Alfred Aebi

Protokoll: Kuonen (f), Theobaldy (d)

2. Aktuelles aus dem EDA (ohne anschliessende Diskussion)
 Information du DFAE sur ce qui est actuel
 (sans qu'une discussion s'ensuive)

Kellenberger: Ich beschränke mich hier auf zwei Problemkreise.

Der erste Problemkreis ist der Friedensprozess im Nahen Osten. Interessanterweise haben die Ereignisse im Südlibanon die Weiterführung dieses Prozesses kaum in Frage gestellt. Im Gegenteil, dieser Prozess hat am Vorabend der elften Gesprächsrunde, die morgen in Washington beginnt, an Dynamik gewonnen. Wir denken hierbei in erster Linie an die sogenannte Gaza-Jericho-First-Option, die jüngst in den Medien Schlagzeilen gemacht hat. Tatsächlich scheinen sich Israel und die PLO in direkten Geheimverhandlungen grundsätzlich auf diese Option geeinigt zu haben. Sie würde auch eine gegenseitige Anerkennung umfassen.

Gaza-Jericho-First geht auf die israelische Idee eines einseitigen Abzugs aus dem überbevölkerten und permanent unruhigen Gazastreifen zurück. Der Einbezug Jerichos, gemäss eigenen Aussagen ein Vorschlag von Arafat, soll den Palästinensern erlauben, gleichzeitig einen Fuss in der Westbank zu haben. Obwohl von dieser Option viel gesprochen wird, ist erstaunlich wenig und in erster Linie Widersprüchliches bekannt. Aus unserer Sicht stellen sich folgende Fragen:

Soll es sich um eine begrenzte Autonomie im Sinne der bisherigen Verhandlungen oder praktisch um eine Übergabe des Gebiets an die PLO unter israelischer Oberhoheit im Sicherheits- und Aussenbereich handeln? Wie sollen die beiden territorial durch Israel getrennten Gebiete untereinander und mit dem jordanischen beziehungsweise ägyptischen Hinterland verbunden sein? Werden beide Seiten in der Lage sein, diese Option innenpolitisch zu verkaufen? Ein weiterer Faktor wird die Haltung Jordaniens und Syriens sein. König Hussein, der die jordanische Annexion der Westbank, wozu Jericho gehört, 1988 gekündigt hatte, hat sich bereits skeptisch geäussert. Über die Haltung Syriens, das ihm nicht genehme Lösungen in der Regel geschickt torpediert, ist bisher wenig bekannt.

Gaza-Jericho-First bildet nur eine Übergangslösung. Die palästinensische Seite wird sicher auf einer klaren Verbindung mit der endgültigen Lösung beharren, die auch die äusserst schwierige Jerusalem-Frage umfassen müssen wird. Allzu grosser Optimismus wäre verfrüht. Die detaillierte Aushandlung schon der Übergangslösung dürfte noch einige Zeit beanspruchen. Immerhin stehen beide Seiten unter erheblichem Zugzwang, diese Chance nicht zu verpassen. Auf die anderen bilateralen Verhandlungen mit Jordanien und Libanon würde sich ein Durchbruch im israelisch-palästinensischen Teil natürlich positiv auswirken.

M. Ducret: En ce qui concerne la situation actuelle dans les relations palestino-israéliennes, on relève un double problème-clé. S'agit-il d'une étape ou d'une solution définitive? Pour beaucoup d'Israéliens, la solution Gaza-Jéricho est quelque chose de définitif. Pour les Palestiniens en revanche, elle ne représente qu'une étape. On va donc au-devant d'un dilemme. Si Arafat ne parvient

pas à dépasser une solution considérée comme minimale, sa position sera dépréciée au sein de la communauté palestinienne, vraisemblablement au profit de Hamas. Le conflit entre l'OLP qui a toujours son siège à Tunis et les maximalistes représentés par Hamas est toujours très présent. Dans le camp israélien le contexte est équivalent. Le Likoud qui est minimaliste préférerait être face à un mouvement palestinien rigide qui entretient la vision d'un interlocuteur avec lequel on ne peut pas entrer en discussion. Arafat qui est prêt à quelques concessions entre davantage dans les vues des mouvements travaillistes israéliens.

L'OLP est actuellement dans une situation financière très précaire. Si Arafat ne parvenait qu'à la solution considérée comme minimale, la représentativité de l'OLP diminuerait et son autorité personnelle serait combattue au sein des mouvements palestiniens.

Hamas est un mouvement de résistance qui est une organisation islamiste fondamentaliste et qui se présente comme l'aile militaire des Frères musulmans active dans la région depuis les années 50. C'est donc un mouvement dur, qui bénéficie du soutien, notamment de la Syrie et, indirectement de l'Iran par l'intermédiaire du Hezbollah. Il combattra certainement toute disposition ou tout accord entre l'OLP et Israël qui n'irait pas vers une autonomie, voire une indépendance ou la création d'un Etat palestinien dans des délais raisonnables.

Kellenberger: Der zweite Problemkreis bildet die Lage in Georgien.

Knapp ein Jahr nach dem Einmarsch der georgischen Truppen in der abchasischen Hauptstadt Suchumi am 14. August 1992 unterzeichneten die stellvertretenden

Parlamentsvorsitzenden aus Georgien und Abchasien mit dem russischen Aussenminister in Sotschi am 27. Juli 1993 das dritte Waffenstillstandsabkommen für Abchasien. Das vor allem in Tiflis umstrittene Abkommen sieht unter anderem die Einhaltung der Waffenruhe in einer im Mai 1993 definierten Konfliktzone und die Bildung einer gemeinsamen Überwachungskommission vor. An dieser Kommission sind UNO und KSZE beteiligt. Darüber hinaus verlangt das Abkommen den Rückzug der georgischen Truppen aus der Konfliktzone innerhalb von zehn bis fünfzehn Tagen nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands. Obwohl seither beinahe täglich vereinzelte Schusswechsel gemeldet werden und sich beide Seiten vorwerfen, den Waffenstillstand zu verletzen, kann heute von einer wesentlichen Beruhigung der Region gesprochen werden.

Der Sonderbeauftragte des UNO-Generalsekretärs für Abchasien und der Schweizer Botschafter in Paris, Herr Brunner, der in den letzten Monaten mehrmals in Georgien war, bestätigten Anfang August, dass der Waffenstillstand weitgehend eingehalten werde. Der Krieg in Abchasien hatte im vergangenen Jahr etwa 3000 Menschenleben gefordert. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf 30000 geschätzt.

Dass die Lage gespannt bleibt, zeigen die Anhänger des ehemaligen Präsidenten Gamsachurdia, die Ende Juli 1993 gewaltsam in die westgeorgische Stadt Senaki eingedrungen sind. Erst nach zähen Verhandlungen unter Androhung unterschiedlicher Massnahmen durch das georgische Militär haben

die Rebellen ihre Aktion nach 24 Stunden abgebrochen. Kleinere Demonstrationen für den im Dezember 1991 gestürzten Präsidenten fanden in den vergangenen Wochen an verschiedenen Orten Westgeorgiens statt.

Zur internen Situation in Georgien: Nach der gescheiterten Budgetdebatte im georgischen Parlament verteidigte Präsident Schewardnadse am 5. August 1993 seinen Vorschlag, ein Notstandsregime zur Herstellung von Ruhe und Ordnung einzurichten. Trotz entsprechender Forderungen der parlamentarischen Opposition kam der in derselben Woche gefällte Rücktrittsentscheid der Regierung Sigua für aussenstehende Beobachter überraschend.

Der UNO-Sicherheitsrat hat letzte Woche eine Resolution verabschiedet, in deren Punkt 9 der Generalsekretär eingeladen wird, die Anstrengungen für einen Friedens- und Verhandlungsprozess, der zu einer politischen Gesamtlösung führen soll, energisch zu fördern und so rasch wie möglich einzuleiten. Im Moment sieht es danach aus, dass dieser Prozess bereits Mitte September beginnen kann.

M. Ziegler Jean: Si les Israéliens négocient directement avec l'OLP, la Suisse réexaminera-t-elle le statut de la délégation de cette organisation à Genève?

Kellenberger: Die Bestätigung muss erst noch kommen, ob die vermutete Normalisierung in der Beziehung zwischen Israel und der PLO wirklich eintritt. Sicher werden wir im Lichte dieser Entwicklungen die Lage intern überprüfen und sehen, welche Konsequenzen sich für uns daraus ergeben.

Die **Kommission** beschliesst, die Sitzung auf einen Tag zu beschränken.

3. Aktualitäten / Actualités

3.1. Kurdistan / Le Kurdistan

Kellenberger: Ich möchte zwei Sachen trennen, die Geiselnahme einerseits und die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei andererseits.

Zur Geiselnahme:

Wie Sie wissen, erfolgte die Geiselnahme der vier Personen am 19. August 1993. Es handelt sich um je zwei Personen schweizerischer und italienischer Nationalität, wobei die Frau des Schweizers ihre italienische Staatsbürgerschaft beibehalten hat. Die Nachricht darüber traf am 21. August gegen Abend ein. Wir haben am Sonntag, dem 22. August, eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Botschafter Franz von Däniken eingesetzt. Ihr Mandat war die Ausarbeitung von Instruktionen für unsere Botschaft in Ankara, das Einholen von Informationen aus Staaten, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, der Aufbau einer engen Zusammenarbeit mit den Behörden Italiens und Deutschlands, aus deren Ländern ebenfalls noch Geiseln in der Hand der PKK sind, sowie allgemein ein Hinwirken auf eine rasche Freilassung der Geiseln.

Am 25. August gab es eine gemeinsame Erklärung des Bundesrates und der italienischen Regierung, in der die bedingungslose und sofortige Freilassung der Geiseln gefordert wurde. Von kurdischer Seite hat eine Sprecherin der kurdischen Informationsagentur am 24. August Stellung genommen. Am 25. August gab es eine Presseerklärung der ERNK Europavertretung. In der *Sonntagszeitung* vom 29. August erschien ein Interview mit Herrn Sadan.

Im Moment gilt es folgendes festzuhalten: Unser Ziel ist es selbstverständlich, diese Geiseln so rasch wie möglich bedingungslos freizubekommen. Seit dem ersten Tag arbeiten wir auf das engste mit Deutschen und Italienern zusammen. Diese ausserordentlich offene und transparente Zusammenarbeit läuft über die Hauptstädte Bern, Rom, Bonn und in Ankara selbst, wo Koordinationssitzungen stattfinden und gemeinsame Demarchen durchgeführt werden. Unser Vorgehen wird mit den beiden anderen Ländern streng abgestimmt, und diese vollkommene Koordination ist das positive Kapitel in dieser negativen Angelegenheit. Wir haben sofort auch Kontakte, sei es über die Hauptstädte, sei es in Ankara, mit Frankreich und Grossbritannien geknüpft. Die beiden Länder haben mit solchen Geiselfragen sehr viel Erfahrung, die wir uns nun zunutze machen können.

Zur Beziehung zwischen der Türkei und der Schweiz:

An der letzten Sitzung der APK habe ich bis zum Stand vom 5. und 6. Juli 1993 informiert. Zum Empfang am Abend des 1. August in der Schweizer Botschaft in Ankara ist der türkische Aussenminister erschienen. Diese unerwartete Geste ist ein Zeichen auf hoher Ebene, dass die türkische Seite eine Normalisierung unserer Beziehungen wünscht. Am 11. August hat der bernische Untersuchungsrichter das Begehren gestellt, dass wir die Aufhebung der Immunität für Botschafter Toperi und einen Mitarbeiter der türkischen Botschaft verlangen. Der Bundesrat entschied am 18. August, dieses Gesuch an die Türkei weiterzuleiten, was am selben Tag geschah. Es ging hier nicht um eine Verurteilung der beiden, sondern um ihren Einbezug in die laufenden

Ermittlungen zur Klärung des Sachverhalts und der Verantwortlichkeit.

Am 24. August hat die Türkei uns in einer Note ersucht, Botschafter Ramseyer und die Herren Mayor und Baumeier bis 31. August mittags in die Schweiz zurückzurufen. Der Bundesrat hat heute entschieden, dies zu tun. Die Reduzierung unseres Personals in Ankara kommt in einem schwierigen Moment. Daher haben wir heute zur Verstärkung einen jüngeren Diplomaten losgeschickt. Übrigens behandeln uns die türkischen Behörden in der Geiselfrage exakt gleich wie die Deutschen und die Italiener.

Präsident: Es taucht immer wieder die Frage auf, ob unsere Regierung nicht doch im geheimen mit der PKK verhandelt - was ich für einen gefährlichen Weg hielte. Der Bundesrat hat allerdings erklärt, solche Verhandlungen kämen nicht in Frage. Ist das richtig, und hält man daran fest?

M. Eggly: Je suis favorable à l'adoption d'une attitude ferme dans cette affaire. Toutefois, il est fort regrettable que le juge d'instruction bernois, soutenu par le Conseil fédéral, ait présenté si tardivement la demande de levée de l'immunité diplomatique. La fermeté est d'autant plus efficace qu'elle est appliquée immédiatement. Ce n'est pas plusieurs semaines après qu'il faut agir de cette façon. Y avait-il des contacts dès le début entre la justice bernoise et le Département fédéral des affaires étrangères?

Le Conseil fédéral avait-il raison d'accepter la demande tuque de rappeler son ambassadeur et ses deux collaborateurs en Turquie? En effet, comme l'a souligné le département, ils se sont comportés parfaitement. Alors, ne fallait-il pas laisser la Turquie prendre la responsabilité de les expulser?

Compte tenu de ce mauvais contexte avec la Turquie, les contacts pris par M. Ramseyer avec les autorités turques pour retrouver les "hurluberlus" qui recherchent l'Arche de Noé sont-ils maintenus? Sont-ils constructifs?

Steffen: Ich bitte Herrn Kellenberger, die Frage nach Geheimverhandlungen mit der PKK nicht zu beantworten. Man kann nicht damit rechnen, dass aus unserer Kommission keine Details nach aussen dringen würden.

Die vier Personen sind entgegen den Warnungen in das bekanntermassen gefährdete Gebiet gereist und entführt worden. Das kostet unseren Staat eine Menge Geld und viel Arbeit. Mich stören Vorwürfe der Tessiner Angehörigen über Radio und Fernsehen an die Adresse unserer Beamten. Man sollte klarer und unmissverständlicher auf die Selbstverantwortung dieser vier Leute hinweisen und sich dagegen verwahren, dass man den Einsatz unserer Beamten nicht würdigt.

M. Frey Claude: Je partage l'avis de M. Eggly. Ce qui est gênant dans cette affaire, c'est la mollesse de réactions d'une part et les délais d'autre part. La Turquie et la Suisse n'ont-elles pas un intérêt commun à la désescalade? Lors de la dernière séance de notre commission, j'avais demandé pourquoi nous n'avions pas rappelé notre

ambassadeur dès le début pour consultation. Cela l'aurait au moins mis hors de portée de la mesure qui le frappe actuellement.

Bien que ma préoccupation soit en marge de la politique extérieure - elle a cependant des répercussions à ce niveau -, je me demande pourquoi nous n'avons pas encore interdit en Suisse le Parti des travailleurs du Kurdistan. Ce sont des terroristes - je dispose de témoignages -, des gens qui rackettent les citoyens kurdes ou turcs établis dans notre pays. Ils ne peuvent pas se plaindre, car ils ont des enfants, de la famille et ils craignent pour eux. Ils vont chercher leurs enfants à la sortie de l'école parce qu'ils ont peur des représailles, notamment lorsqu'ils sont Turcs. Je souhaite que l'on examine sérieusement cette éventualité. Je ne sais pas si la nouvelle disposition légale qui régit les relations entre la commission et le Conseil fédéral nous octroie un droit de proposition dans ce sens. Si tel est le cas, je désire au moins un vote consultatif de la commission. Je souhaite l'interdiction du PKK avec effet immédiat. Certes, une telle décision ne serait pas idéale dans le contexte de la prise d'otages, mais je ne regarde pas la politique d'un pays par rapport à deux hurluberlus qui vont chercher l'Arche de Noé.

Vollmer: (Zu Herrn Frey Claude) Mit einem solchen Vorgehen lösen wir das Problem nicht, das sich in zweierlei Hinsicht stellt, zum einen als Geiselfrage und zum andern als unsere Kurdenpolitik. Wir verschliessen damit die Augen vor der Situation, dass die Kurden in der Türkei unter massiven Menschenrechtsverletzungen leiden und dass die PKK heute faktisch die anzuerkennende Sprecherin der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung darstellt. Diese Realitäten müssen wir zur Kenntnis nehmen, ob uns das passt oder nicht. Mit einem Verbot dieser Bewegung können wir das Kurdistanproblem in keiner Weise bewegen. Welches sind die politischen Einschätzungen von seiten des EDA bezüglich der Lösung der Geiselfrage und bezüglich ihres Zusammenhangs mit unserer Türkeipolitik? Offensichtlich geht es der kurdischen Bewegung in erster Linie darum, eine politische Anerkennung ihrer Existenz zu erreichen, was sie nun mit Geiselnahmen zu forcieren versucht. Auf dieser Basis lassen sich unsere politischen Möglichkeiten abschätzen. Ich fürchte, dass uns hier einmal mehr die Diplomatie im Wege steht, weil sie davon ausgeht, dass wir völkerrechtliche Beziehungen mit der Türkei als Staat haben und daher weder die politischen Realitäten dort anerkennen noch entsprechend handeln können. Lassen sich also die Konflikte noch diplomatisch lösen oder sind hier nicht politische Lösungen erforderlich, wie sie durch die Diplomatie nicht mehr zu leisten wären?

M. Ziegler Jean: Le rapport qui nous a été adressé est excellent et complet. L'élément que j'aurai souhaité encore y voir, c'est un résumé de l'intensification de nos rapports commerciaux avec la Turquie. En effet, depuis la conclusion d'un nouvel accord entre les pays de l'AELE et la Turquie, les relations commerciales, financières, etc. qui étaient déjà intenses auparavant entre la Suisse et la Turquie ont encore augmenté de façon très substantielle. Les représentants de notre pays condamnent énergiquement

les isolations des droits de l'homme par l'armée et la police truque, tant au Kurdistan qu'à Chypre. L'attitude suisse est donc contradictoire. En effet, la Suisse devrait encore intensifier sa critique des violations des droits de l'homme par les autorités turques et diminuer les échanges commerciaux et financiers. Elle ne doit pas être un des principaux fournisseurs de ce régime abject.

En ce qui concerne les négociations actuellement en cours, je pense que M. Kellenberger ne nous a communiqué qu'une petite partie de l'information. Il a d'ailleurs bien raison. Certes, notre commission n'a pas beaucoup d'influence, mais il paraît évident que la Suisse devrait négocier avec le PKK qui est un mouvement de libération. Et, surtout ne prétendez pas ne pas savoir comment l'atteindre, car le DFAE sait pertinemment que le secrétaire général de cette organisation est à Damas. Le bureau du PKK - c'est de notoriété internationale - se situe à côté du Sheraton. C'est une institution bien connue à Damas et l'ambassadeur suisse entretient certainement des rapports - autrement il ne fait pas son travail et il faut le renvoyer - avec lui en envoyant quotidiennement son troisième secrétaire. J'ajoute que le temps joue contre nous. Si un commando turc intercepte le groupe kurde retenant les otages ou découvre le lieu où ils sont détenus, les Turcs tueront nos compatriotes. Alors, négociez vite avec le PKK!

M. Rebeaud: J'invite les représentants du DFAE à répondre aux questions qui lui sont posées. Contrairement aux affirmations de M. Steffen, je rappelle que nous avons le devoir de respecter la confidentialité de nos délibérations. Les responsables de l'administration savent ce qu'ils peuvent nous dire. Ce n'est pas à nous de leur demander de ne pas répondre à nos questions. Je ne suis pas d'accord sur l'utilisation du terme "hurluberlu". Il n'y a pas des bons ou des mauvais Suisses, des Suisses dignes de protection et d'autres indignes. Il suffit qu'ils soient en possession du passeport suisse pour que tout doit être accompli pour obtenir leur libération. Que se serait-il passé dans nos rapports avec la Turquie et dans la perspective de nos efforts pour obtenir la libération des otages si le Conseil fédéral avait refusé de rappeler son ambassadeur?

Oehler: Der jetzige Stand der Dinge ist nicht überraschend. Ich erinnere an den Fall von Herrn Bühler, der zehn Monate zu lang sitzen musste. Die Diplomatie ist stark auf dem Papier, aber schwach in der Innovation und nicht vorhanden im Vollzug. Auch ich habe den Eindruck, dass sie hier notwendigen und raschen Lösungen im Wege steht. Ich fürchte keine Geheimverhandlungen. Wenn die Verwandten der Geiseln die Behörden kritisieren, dann haben sie aufgrund der Vorkommnisse in den vergangenen fünf bis sechs Jahren allen Grund dazu. Wie in den Fällen vorher, vor allem bei den Hilferufen der irakischen Geiseln, dürfen sie sich nicht viel und schon gar nicht umgehend etwas erwarten. Ist der Vorgänger des heutigen Botschafters, der zu allen Geheimnisträgern und Geheimdiensten in der Türkei sehr undiplomatische, aber sehr gute Verbindungen hatte, in

diese Angelegenheit einbezogen? Solche Kanäle existieren und müssen genützt werden.

Die jüngsten Ereignisse sind das Ergebnis der Politik in den vergangenen zwei, drei Monaten. In der letzten Sitzung hier haben der Generalsekretär des EJPD und der stellvertretende Generalsekretär des EDA betont, wie erfolgreich sie gearbeitet hätten. Das Ergebnis sehen wir heute. Es sind nun endgültig stärkere Bandagen anzulegen. Die Türkei führt uns über Jahre hinweg an der Nase herum. Man weiss dort, dass man die besseren Trümpfe hat, und zwar deshalb, weil aufgrund des Völkerrechtes vom EDA aus Ansinnen an die Türkei gestellt wurden, die diese in Wahrung ihres Gesichts nicht erfüllen konnte. Wir sind einem Phantom nachgelaufen und haben uns im Wald verloren. Was die PKK angeht, so ist der Terror, den sie unter den Türken hier ausübt, härter und offener, als wir meinen. Das erfahren und erzählen schon unsere Kinder, die mit türkischen Kindern zur Schule gehen. Wollen Sie warten, bis in einer nächsten Phase auch Kleinkindergeiselnahmen stattfinden?

Präsident: Gerade dieses Plädoyer wirft die Frage auf, wie man denn diesen Fall lösen soll. Unsere Diplomaten haben eine schwierige Aufgabe zu bewältigen. Sie müssen völkerrechtliche Bestimmungen und Regeln respektieren. Wer es nicht tut, erzeugt sofort einen Skandal. Aber vielleicht gibt es noch ganz konkrete Vorschläge hier, wie man diesen Entführungsfall lösen könnte.

Frey Walter: Seit dem Zeitpunkt, an dem die türkische Botschaft beinahe erstürmt worden wäre, begann die Eskalation der Schwierigkeiten zwischen der Türkei und uns. Das gleiche hat auch in anderen europäischen Ländern stattgefunden. Diese haben sofort reagiert und betont, dass bei ihnen keine Stellvertreterkriege geführt werden. Dahin geht das Votum von Herrn Frey Claude. Wir dürfen auf keinen Fall Stellvertreterkriege dulden. Immerhin wurde bereits von zwei Mitgliedern der Kommission darüber nachgedacht, ob man eine terroristische Organisation, die solche Stellvertreterkriege führen will, nicht verbieten müsse. Wenn man solche politischen und nicht diplomatischen Überlegungen in die Öffentlichkeit trägt, dürfte man damit diesen Kreisen einen Dämpfer geben. Ein Kontext mit der Geiselnahme besteht. Bis heute haben beinahe alle Geiselnahmen aus politischen Motiven nur über ein Gleichgewicht des Schreckens gelöst werden können. Beide Seiten haben das Gesicht gewahrt, und die angedrohten Massnahmen konnten meistens ausbleiben.

Frau Bär: Es ist bedauerlich, dass wir nicht über den Bericht zur Politik der Schweiz gegenüber der Türkei und dem Kurdenproblem diskutieren, sondern dass jeder hier eine bessere Lösung zu wissen glaubt, wie man die Geiseln aus der Hand der PKK befreien könnte. Tatsächlich ist es nicht die Aufgabe unserer Kommission, hier Tips zu geben. Im Bericht des EDA vermisste ich die wirtschaftlichen Beziehungen, die wir in den letzten Jahren gepflegt haben, unsere Lieferungen von Waffen an die Türkei einerseits und die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen der Türkei

andererseits, ob im Europarat oder im direkten Gespräch mit türkischen Geschäftsträgern.

In diese nicht kohärente Politik spielt ein weiteres Problem hinein, das mit dem Namen von Herrn Maurer zusammenhängt, der auf unserer Botschaft in Ankara akkreditiert war und gegen den letzte Woche massive Vorwürfe in der Presse bekannt wurden. Die Frage lautet hier: Arbeitet die Schweizer Botschaft bei Asylabklärungen mit dem türkischen Staatsschutz zusammen? Dazu hat sich das EDA bisher sehr zurückhaltend geäußert. Wie steht es hier um die Zusammenarbeit mit dem BFF, und wie können diese Vorwürfe entkräftet werden?

Mme Aubry: Dans le programme qui nous a été remis pour la séance d'aujourd'hui la pause de midi était fixée entre 12.00h et 14.00h. Certes, elle était peut-être un peu longue. Mais, nous profitons souvent de ce laps de temps pour prendre d'autres engagements. Je fais donc une motion d'ordre en vous demandant de respecter un tant soit peu le temps qui était prévu, de manière à ne pas faire attendre les gens avec lesquels nous avons rendez-vous. Je souhaite donc que cette séance soit interrompue dès maintenant jusqu'à 14.00h afin que nous puissions poursuivre cette discussion sur les Kurdes, le PKK et le Kurdistan. Je regretterai vivement de ne pas entendre les réponses de M. Kellenberger.

Präsident: Nach unserem Beschluss von heute morgen war es der Wille der Mehrheit dieser Kommission, den Zeitplan zu ändern.

Kellenberger: Es ist nicht im Interesse der Sache, wenn wir hier zur Geiselnahme im Detail über unsere Kontakte berichten. Immerhin hat der Bundesrat zwei Rahmenbedingungen gesetzt: Keine Verhandlungen mit der PKK. Unsere Gesprächspartner sind die türkischen Behörden.

(à M. Eggly:) Pourquoi la demande de levée de l'immunité diplomatique de l'ambassadeur et de son collaborateur a-t-elle nécessité tant de temps? Le juge d'instruction est arrivé à la conclusion au mois d'août qu'il ne pouvait plus avancer dans sa procédure sans le témoignage des ces deux personnes. C'est la raison pour laquelle il a présenté une demande le 11 août 1993.

Le Conseil fédéral était-il bien inspiré de rappeler ses diplomates en Turquie? Théoriquement, nous aurions pu les laisser jusqu'à demain midi. Personne ne pouvait véritablement prévoir la suite des événements. Toutefois, la probabilité que nos diplomates auraient été déclarés persona non grata était beaucoup plus grande que l'inverse. Si tel avait été le cas, la dégradation des relations entre la Turquie et la Suisse se serait poursuivie. Ce n'est vraiment pas le moment d'en arriver à une telle situation. Le Conseil fédéral a donc estimé préférable d'éviter l'escalade.

Quels sont nos contacts avec les autorités turques? M. Ramseyer, notre ambassadeur, avait de très bonnes relations en Turquie. Dans ces circonstances, pour quelqu'un qui ne se trouvait sur place que depuis quelques mois, il a accompli un travail extraordinaire. Nous n'avons

aucune raison de croire que les Turcs ne continuent pas à coopérer maintenant aussi bien avec le chargé d'affaires qui se trouve sur place.

(Zu Herrn Steffen) Ihre Vorwürfe sind nicht berechtigt. Die Familie im Tessin wird alle 48 Stunden informiert und ist im Kontakt mit uns. Abgesehen davon hat man, so meine persönliche Ansicht, eine gewisse Selbstverantwortung. Das EDA kann nicht für jede touristische Unternehmung die Verantwortung übernehmen. Trotzdem tun wir selbstverständlich alles, damit die zwei Personen rasch und gesund in die Schweiz kommen.

(à M. Frey Claude:) Vous avez effectivement raison en affirmant que la Suisse et la Turquie ont intérêt à éviter l'escalade. Evidemment, nos relations actuelles sont plutôt tendues et je ne peux me prononcer sur leur évolution. Pour l'instant, je peux simplement vous confirmer que les Turcs coopèrent dans le cadre de l'affaire des otages. Notre priorité actuelle est d'ailleurs de les faire libérer le plus rapidement possible.

S'agissant du PKK, je prends note de votre souhait que je transmettrai aux instances compétentes.

(Zu Herrn Vollmer) Ich sehe keinen Zusammenhang zwischen der Türkeipolitik unseres Landes und der Geiselnahme. Die Politik, die wir im Rahmen der KSZE und des Europarates verfolgen, ebenso im Rahmen der bilateralen Beziehungen mit der Türkei, zeigt, dass wir zu den Ländern gehören, die auch die heiklen Fragen vor allem der Menschenrechte deutlich angesprochen haben, und zwar auch an Orten, an denen es nicht immer einfach war.

Die andere Frage, wie das Problem Kurdistan zu lösen sei, erfordert eine breitere Debatte. Unser Bericht zeigt hierzu die Möglichkeiten und Grenzen nicht nur eines Landes wie der Schweiz auf und müsste separat diskutiert werden.

(à M. Ziegler Jean:) Vous estimez qu'il y a une contradiction dans le fait que la Suisse développe ses relations économiques avec la Turquie et les violations des droits de l'homme dans ce pays. Je ne partage pas votre avis, car le meilleur moyen d'exercer une influence ou une certaine pression en faveur du respect des droits de l'homme en Turquie est précisément de développer nos relations. Ce n'est pas en rompant les ponts que nous parviendrons à améliorer l'esprit d'ouverture et de tolérance.

Vous avez indiqué que le PKK est un mouvement de libération. A ce propos, je dois tout de même souligner que ce n'est pas la qualification généralement admise par les pays d'Europe ou d'ailleurs. Il faut séparer la question politique relative au Kurdistan, mais on ne peut malgré tout pas présenter le PKK comme un mouvement de libération et laisser entendre que seule la Turquie viole les droits de l'homme. Selon nos informations, les Kurdes commettent également de graves violations des droits de l'homme vis-à-vis de la population civile de la région. Certes, il est difficile de savoir exactement qui fait quoi, mais il est erroné et équivoque d'affirmer que le PKK est un mouvement de libération et que la Turquie transgresse les droits de l'homme. Bien entendu - vous avez pu le lire dans notre rapport -, il y a longtemps que les autorités turques

auraient du s'orienter vers une solution décentralisée, vers l'autonomie culturelle, etc.

Vous avez affirmé que le temps joue contre nous, parce que les Turcs tueraient les otages en cas d'interception du groupe kurdes qui les détient. Ne pensez-vous pas qu'il serait inadéquat de la part du PKK de prétendre, en cas de mort des otages dans un accrochage entre Kurdes et Turcs, que la faute incombe aux Turcs? N'oubliez pas que ces personnes ont été prises en otage par les Kurdes. Si elles sont menacées actuellement dans cette région, ce n'est tout de même pas la faute des autorités suisses ou turques. Naturellement plus vite les otages seront libérés sans conditions, plus vite ils seront en sécurité. C'est notre objectif primordial.

(Zu Herrn Oehler) Die Angelegenheit mit Herrn Bühler war, wie Sie wissen, sehr delikat. Ein Vergleich mit ähnlich gelagerten Fällen zeigt jedoch, dass es der Schweiz viel rascher als anderen Ländern gelungen ist, jemanden aus dem Gefängnis herauszuholen, auch wenn es für diesen Mann eine lange Zeit gewesen sein muss.

Mit Herrn Barras, dem Vorgänger von Botschafter Ramseyer, stehen wir in Kontakt.

Ihre Bemerkungen zur PKK, die auf der gleichen Linie liegen wie diejenigen von Herrn Frey Walter, werden wir an das zuständige Departement weiterleiten.

(Zu Herrn Frey Walter) Die Schüsse aus der türkischen Botschaft waren eine unverhältnismässige Reaktion und sind auf das schärfste zu verurteilen. Aber es ist klar, dass sie in der zeitlichen Abfolge nicht am Anfang stehen.

(Zu Frau Bär) Punkt 5 unseres Berichtes handelt von den wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei. Wir können in der Diskussion darauf näher eintreten. Die Vorwürfe gegen Herrn Maurer werden vom zuständigen BFF abgeklärt.

Unterbruch der Sitzung zwischen 12.45 und 14.00 Uhr

M. Ruffy: Dans cette discussion, il est important de souligner que la population kurde au sein de la Turquie souffre - comme d'ailleurs dans d'autres pays - en raison d'un système qu'on peut pratiquement qualifier de totalitaire à son égard.

Il faut se souvenir que c'est à Lausanne en 1923 qu'ont été annihilés tous les efforts kurdes qui avaient trouvé un certain écho à Versailles. Si la Suisse n'est pas intervenue dans le débat en 1923, c'est probablement aussi parce que des Suisses avaient des intérêts économiques évidents en Turquie. Les intérêts d'ordre économiques avaient donc déjà une très forte influence. Certes, notre rôle n'est pas de première importance dans l'évolution de la situation, mais il nous appartient également d'inciter les grandes puissances à réexaminer la situation, de manière à exercer une pression sur la Turquie. Quant on interdit à un peuple de parler sa langue, c'est une deuxième aliénation fondamentale. Certes, les Kurdes n'ont pas la possibilité d'exercer leurs pouvoirs politiques, mais plus encore, on leur interdit l'accès à leur culture par l'interdiction de la pratique de leur langue. Si nous voulons véritablement défendre les droits démocratiques, si on estime que l'on doit insister sur le principe de

subsidiarité, nous ne pouvons pas évacuer simplement le problème. Nous devons jouer un rôle plus important.

Moser: Der Bericht macht augenfällig, dass bei der Kurdenfrage und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen in der KSZE der politische Wille für Lösungen fehlt. Dasselbe lässt sich vom Europarat sagen, der eine Staatenklage offensichtlich nicht besonders fördert. Die Schlussfolgerung des Berichts geht in die falsche Richtung, wenn es dort heisst, dass es gelte, "mit den bestehenden Rezepten fortzufahren". Mit ihnen haben wir nichts erreicht. Überdies taugen sie so, wie sie dort auszugsweise beschrieben sind, nichts. Gerade wenn es darum geht, dass die Schweiz weiterhin "Entwicklungsprojekte in wirtschaftlich rückständigen Gebieten" fördert und finanziert, wären damit bestimmte Forderungen zu verbinden. Unsere diplomatischen Aktionen beziehungsweise Reaktionen müssen wesentlich härter sein. Wenn unsere Leute die Türkei verlassen müssen, dann hätten wir laut sagen sollen, dass Herr Toperi aus seinem Urlaub nicht mehr in die Schweiz zurückkehren dürfe. Zudem müsste man die PKK verbieten. Eine solche härtere Gangart verstehen diese Leute eher als das schöngeistige Denken, das entweder beim Bundesrat oder beim diplomatischen Korps vorherrscht.

Vollmer: In den letzten Monaten hat man sehr verschiedene Signale nicht nur von seiten der Diplomatie, sondern auch vom Vorsteher des Departementes gehört. Das Interesse an der Fortsetzung der guten Beziehungen zur Türkei steht in völligem Widerspruch zu den Schwierigkeiten, die wir bezüglich der Durchsetzung unserer Forderungen haben. Offenbar scheint man vor der realpolitischen Situation, für die eher das BAWI als das EDA verantwortlich ist, zu kapitulieren.

(Zu Herrn Moser) Ein Verbot der PKK bedeutet keineswegs eine härtere Gangart gegenüber der Türkei, sondern ein Kniefall vor der türkischen Politik und dem heutigen Staatsterror in Kurdistan. Für einmal bin ich froh, wenn sich die Diplomatie in überlegteren Worten äussert als in einigen, hier zum Ausdruck gekommenen Voten.

Mme Aubry: Un gouvernement ne négocie pas avec des terroristes. Le maintien de cette position est capital pour la Suisse. Or, le PKK - le rapport confidentiel sur le Kurdistan est clair à ce propos - est un mouvement terroriste. Le Conseil fédéral est tout à fait au courant des activités du PKK en Suisse. On sait même que son siège se trouve à Bâle-Ville. D'autre part, M. Ziegler a affirmé que le PKK dispose d'une armée et donc d'organes de pression qui font du racket sur les Turcs et les Kurdes. J'ai personnellement eu l'occasion d'entendre des Turcs me faire part de leurs craintes et du racket auquel ils sont soumis. Certains Kurdes m'ont même affirmé qu'il devaient s'inscrire au PKK pour pouvoir poursuivre leurs activités professionnelles en Suisse. Notre pays accepte-t-il n'importe qui et n'importe quoi? Je m'insurge contre cette situation.

Dans le rapport du Conseil fédéral on constate que ni le Conseil de l'Europe, ni la CSCE n'ont pu intervenir contre le PKK. Ces organisations n'ont peut-être même pas eu le

courage de le faire. Alors Monsieur le secrétaire d'Etat, puisqu'on connaît les représentants en Suisse du PKK - certains sont venus au Palais fédéral pour rencontrer des collègues - pourquoi les tolère-t-on encore? Durant mes vacances je n'ai jamais reçu autant de lettres de bons Suisses, pas si âgés qu'on le croit, qui se plaignent des manifestations des étrangers sur la place fédérale à Berne. Ils se plaignent du PKK qui se manifeste partout: à la télévision, dans les journaux, à la radio, etc. On se demande si cela va continuer. Il dispose d'appuis certains dans quelques milieux suisses, mais la situation actuelle ne peut pas perdurer.

La Suisse pourrait appuyer la Communauté européenne, l'AELE ou d'autres pays qui pourraient intervenir auprès de l'ONU. Il faut essayer de faire un pas. Actuellement, tout le monde vit sous la peur, notamment économique. La Turquie est un très bon client, nous devons donc la ménager. D'autres ont peur du PKK, des Kurdes. Il faut donc absolument trouver une solution. Un Kurdistan autonome et indépendant n'est pas pour demain, mais l'amorce d'une discussion serait souhaitable.

Steffen: Aus dem eindrucksvollen Bericht nimmt man zur Kenntnis, dass niemand etwas tun will. Weder die KSZE noch der Europarat sind bereit, die Sache an die Hand zu nehmen. Wir machen zwar in diesen Institutionen mit, werden aber gerade dadurch in unserer Handlungsweise gebunden. Allerdings ist es nicht an uns, das langjährige Problem der Kurden zu lösen. Es wäre Angelegenheit der UNO, endlich die vier involvierten Staaten an einen Tisch zu bringen. Aus dem Bericht geht freilich hervor, dass auch die UNO nicht will und nicht kann. Wir alle möchten gerne handeln, aber im Prinzip ist dieses Handeln stark beschränkt.

Frau Bär (zu Herrn Kellenberger): Zu den Vorwürfen gegen Herrn Maurer hat das EDA durch seinen Pressesprecher in den Medien zum Teil zwar Auskunft gegeben, aber dies ungenügend. Es hat alles dementiert, was über die Rolle von Herrn Maurer gesagt wurde. Dagegen hat Herr Kählin, Professor für Völkerrecht an der Universität Bern, von der Tätigkeit des Herrn Maurer gesagt, sie bewege sich völkerrechtlich in einer "Grauzone". Deshalb sollten Sie uns noch mehr Informationen hierzu geben. Das Problem gehört zu unserer Türkei- und Kurdenpolitik und muss im Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Asylfrage abgeklärt werden.

Frau Grendelmeier: Der sehr übersichtliche Bericht macht die Ohnmacht der Diplomatie deutlich. Trotzdem müssen wir entscheiden, wo wir bei aller wirtschaftlichen Rücksichtnahme unsere Schwerpunkte setzen. Warnungen vor der Unterstützung einer terroristischen Gruppierung wie der PKK reichen nicht, zumal wir wissen, dass sich niemand sonst für die Rechte der Kurden wehrt und dass diese Rechte von der Türkei missachtet werden. Die zeitliche Nähe der Entführungen zu unseren diplomatischen Schwierigkeiten mit der Türkei ist ein unglücklicher Zufall. Hier sollte der Bundesrat darin bestärkt werden, auf der Seite der Schwächeren zu stehen. Dann würde ich gern mehr zur Rolle von Herrn Maurer hören.

Präsident: Es ist eine tragische Geschichte, dass das kurdische Volk auf vier Länder verteilt ist. Einmal mehr sagt die blanke militärische Macht, wo Gerechtigkeit sei und wie sie definiert werde. Wenn der türkische Staat den Kurden nicht einmal erlaubt, ihre eigene Sprache zu sprechen, dann muss das in den Ohren von jedem, gleichgültig, wo er politisch steht, wie Hohn und Spott tönen. Mir als Föderalist ist es unverständlich, dass man nicht zumindest eine gewisse regionale Autonomie zulässt. Dies würde den türkischen Staat sicher nicht zerstören. Aber ich sehe auch, dass das Kurdistanproblem nicht gelöst werden kann, ohne dass alle beteiligten Staaten zusammensitzen und dass eben dies niemanden interessiert. Unsere Mittel sind hier sehr limitiert wie überhaupt die schweizerische Aussenpolitik, sobald sie die eigenen Interessen überschreitet. Unser Land ist in diesem Sinne ein Kleinstaat. Selbst der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen würde nicht weit reichen. Gleiches gilt sogar für die diplomatischen Beziehungen. Aber solange wir die Türkei als einen Partner ansehen, mit dem man im Gespräch bleibt, haben wir wohl die grösseren Chancen, hier langfristig etwas zu bewegen.

Treibt man die Analyse weiter, muss man einräumen, dass die Türkei eine demokratisch gewählte Regierung hat. Wir können nicht so weit gehen zu sagen, in Ankara sei man nicht legitimiert, die Innenpolitik zu bestimmen.

Eine langfristige Dimension beschäftigt mich. Was wird in zwanzig oder dreissig Jahren sein, wenn eine islamisch-fundamentalistische Regierung in Ankara an die Macht kommen sollte? Werden dann die Kurden im östlichen Anatolien freundlicher behandelt werden? Ich befürchte das Gegenteil. Das soll die heutige Regierung in der Türkei keineswegs entschuldigen. Aber die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Elite dort ist prowestlich ausgerichtet. An der Basis hingegen haben die islamischen Fundamentalisten Zulauf und werden täglich stärker. Auch im nächsten Jahrhundert wäre mir eine etwa so wie heute ausgerichtete Türkei selbst mit ihren schlechten Seiten lieber als eine islamisch-fundamentalistisch ausgerichtete Türkei. Wir erreichen also nichts, wenn wir gegen die Türkei volle Front machen. Wir würden unseren Handlungsspielraum auf null reduzieren und wären ihr gegenüber nicht einmal gesprächsfähig. Diesen Spielraum müssen wir nutzen und mit den Türken im Rahmen der KSZE und des Europarates, auch im Rahmen der Wiener Konventionen die Probleme aufräumen. Es geht nicht an, dass aus Diplomatenhand Menschen erschossen werden und dass dies auch noch geschützt wird. Dieses Problem ist ein allgemeines und geht weit über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei hinaus.

Ebenso muss man der PKK sagen, dass eine Befreiungsorganisation sich auf dem Irrweg befindet, wenn sie beginnt, Geiseln zu nehmen. Als die Basken, die Iren usw. fast ins Terroristische abgeglitten sind, haben sie im Volk an Unterstützung verloren. Die PKK muss wissen, dass die Kurden an Sympathien verlieren, wenn sie so weiterfährt.

M. Ruffy: Dans la conjoncture actuelle, je ne peux m'empêcher de rappeler à ceux qui déclarent que le PKK est

une organisation terroriste - affirmation vraisemblablement justifiée - que l'OLP était aussi une organisation terroriste qui, aujourd'hui, est reconnue par Israël. Nous devons être conscients - je suis les prises de position des mouvements kurdes depuis 4 ou 5 ans - du fait que la situation se radicalise très fortement. Il est évident qu'une nouvelle guerre civile éclatera en Turquie si, dans les mois qui suivent, nous ne parvenons pas à trouver un moyen d'inciter les différentes parties au dialogue. Notre président a affirmé à juste titre que l'Occident a tendance à être d'une complaisance partiellement explicable. Certes, la Turquie est le rempart contre le fondamentalisme, mais si elle devait être attaquée intérieurement par les mouvements kurdes qui sont en train de s'organiser fortement à l'extérieur, elle sera sensiblement affaiblie. Dans un tel contexte, l'avance du fondamentalisme risquerait d'être redoutable. Par conséquent, même en terme de géostratégie, l'Occident a intérêt à amener les parties à discuter.

Kellenberger: (à M. Ruffy) Lorsque vous affirmez que nous sommes des fédéralistes et que de ce fait nous sommes bien placés pour comprendre le besoin d'autonomie et de décentralisation des Kurdes, je partage votre avis. Mais, j'espère, à la lecture de la note que nous vous avons présentée, qu'un élément parmi d'autres a attiré votre attention. Lorsqu'on examine le fonctionnement et les compétences des organes desquels nous sommes membres et que l'on considère les règles qui y prévalent, nous devons prendre conscience de la faiblesse de nos possibilités d'intervention. Ce n'est pas une remarque défaitiste. Il est important de relever les limites d'actions d'institutions telles que la CSCE ou le Conseil de l'Europe. Regardons encore précisément les règles et les majorités nécessaires pour aboutir à quelque chose. Personne ne peut imposer de l'extérieur aux autorités turques la manière d'agir. D'ailleurs, très peu d'Etats seraient prêts à l'envisager, compte tenu de la position stratégique occupée par la Turquie.

En conclusion, si on veut véritablement favoriser une réflexion et des actions turques allant dans le sens de la décentralisation ou de la reconnaissance de l'autonomie culturelle par exemple, il n'y a pas d'autre alternative que d'essayer d'utiliser les organes de dialogue existants. Couper les ponts serait pire.

(Zu Herrn Moser) Es ist nicht unbedingt der politische Wille, der in der KSZE und im Europarat fehlt, es fehlen dort vor allem Mehrheiten, um zu konkreten Aktionen zu kommen. Dies sagt einiges aus über die Haltungen der verschiedenen Länder.

(Zu Herrn Vollmer) Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Ist es wirklich ein Widerspruch, wenn man versucht, gute Beziehungen zu einem Land zu unterhalten, und gleichzeitig - auch im bilateralen Gespräch - offen das kritisiert, was einem an diesem Land missfällt? Das Ziel ist doch, in dem Masse, in dem man es kann, auf das Denken dort Einfluss zu nehmen. Ein Abbruch der Kontakte oder andere Verschlechterungen der Beziehungen schalten uns als Dialogpartner endgültig aus. In türkischen Regierungskreisen

besteht ohnehin nicht der Eindruck, wir seien ausgesprochene Sympathisanten der Türkei.

(à Mme Aubry) La Suisse ne peut pas envisager de soumettre la question du Kurdistan à l'ONU. Tout d'abord, je souligne que le problème posé par le Kurdistan implique d'autres pays en plus de la Turquie. Ensuite, la Suisse n'est pas membre de l'ONU et ne peut donc agir dans cette organisation. Finalement, le résultat d'une action à l'ONU dépend d'une décision claire du Conseil de sécurité. Or, je connais plusieurs membres de celui-ci qui n'agiraient pas contre la Turquie ni n'affaibliraient sensiblement sa position. Il est tout de même intéressant de noter que, jusqu'à présent, personne n'a saisi l'ONU. Compte tenu de la composition actuelle du Conseil de sécurité, je ne crois pas à la possibilité d'envisager une suite concrète à une action contre la Turquie. N'oublions pas que cet Etat est considéré comme fondamental dans la politique de sécurité de beaucoup de pays, surtout occidentaux.

En ce qui concerne le fait de tolérer des personnes dans notre pays dont on sait pertinemment qu'elles ne disposent même pas de permis de séjour, je contacterai les services compétents avant de vous fournir une réponse.

(Zu Herrn Steffen) Selbst wenn man im KSZE und im Europarat das Maximum herausgeholt und wenn zum Beispiel eine Berichterstattemission klar festgestellt hat, welche Rechte wie verletzt werden, kann man keine Sanktionen ergreifen. Das Äusserste wäre eine Suspendierung beispielsweise der Türkei; jedoch müssten 52 Staaten dafür stimmen. Die Chancen hierzu sind nicht gross. Aber unsere Mitarbeit in diesen Organisationen bedeutet nicht, dass wir damit gebunden wären und somit unseren bilateralen Handlungsspielraum einengen würden. Mit unseren Aktivitäten gehen wir keine einschränkenden Verpflichtungen ein.

(Zu Frau Bär und Frau Grendelmeier) Unsere Rücksprache mit dem BFF hat ergeben, dass im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen Herrn Maurer von Spionage keine Rede sein könne. Ebenso ist es falsch, dass es eine Zusammenarbeit mit dem türkischen Staatsschutz gebe. Richtig ist natürlich, dass der Mitarbeiter des BFF dort verschiedenste Kontakte unterhalten muss, um an Informationen zu gelangen. Wenn Sie mehr Details wollen, sollte sie das BFF hier direkt geben, wofür ich gerne sorgen werde.

Moser: Um mein Votum zu präzisieren: Wo unsere Leute aus der Botschaft verwiesen werden, müssen wir mit derselben Härte antworten.

Die PKK sollte man verbieten.

Man sollte die Entwicklungshilfe und ähnliches mit bestimmten Auflagen oder Forderungen verbinden.

Kellenberger: Diese Massnahmen beziehen sich weniger auf die allgemeine Problematik, wie sie in unserem Bericht dargestellt ist, als vielmehr auf die konkreten Fälle. Der Bundesrat hat auf die türkische Aufforderung, wir sollten unsere drei Diplomaten zurückziehen, unmissverständlich reagiert. Dass der türkische Botschafter noch einmal zurück nach Bern kommt, steht nicht zur Diskussion. Hier sehe ich keinen Handlungsbedarf mehr. Wäre er zurückgekommen, so wäre er nach Ablauf der gesetzten Frist zur Persona non grata erklärt worden.

Im übrigen wäre es nicht optimal, wenn unsere Politik dazu führen würde, dass schliesslich gerade jetzt, während noch Geiseln in der Hand der PKK sind, niemand mehr in Ankara unsere Interessen vertreten könnte. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden sind hier ganz zentral, und dafür müssen wir Leute am Ort haben.

Präsident: Eine Stellungnahme der APK gegenüber dem Bundesrat scheint mir weniger sinnvoll als die Bitte an Herrn Kellenberger, Herrn Bundesrat Cotti die Stimmung und die geteilten Meinungen hier mitzugeben.

Wyss Paul: Nicht nur die PKK, sondern auch andere Organisationen arbeiten in der Schweiz subversiv. Man müsste ihnen allen deutlich sagen, dass dies hier nicht erwünscht ist. Bei einem Verbot würden sie noch weiter in den Untergrund gehen, und wir hätten kaum Möglichkeiten mehr zu sehen, was sie tun. Zum Beispiel versucht man in Basel, klar einzuschränken, was sie dort tun dürfen und was nicht.

M. Tschopp: La situation a été modifiée par la prise d'otages. J'estime qu'il serait vraiment étrange que nous n'adressions aucun message au PKK. Comme M. Kellenberger nous a indiqué qu'il allait discuter avec les offices compétents des mesures de rétention, notre commission devrait éventuellement transmettre un message très clair au PKK indiquant que nous le tenons pour responsable de la prise d'otages. En effet, avant de lire prochainement dans la presse que douze membres du PKK ont été expulsés de notre pays - ce qui me semble être le nombre adéquat -, il serait préférable de donner un avertissement. J'imagine que le PKK connaît aussi des problèmes et qu'il n'a pas un parfait contrôle du déroulement des événements sur place. C'est pourquoi un communiqué de la part de notre commission du style "à bon entendeur salut!" pourrait avoir des effets.

M. Eggly: Je ne partage pas l'avis de M. Tschopp. Comme nous sommes précisément un Etat, l'expression d'une démocratie, nous devons avoir une ligne directrice. Nous devons donc agir en nous référant à certains principes. Par conséquent, en tant que parlementaire, nous devons disposer d'une étude sur le PKK et, indépendamment de cette prise d'otages, si celui-ci devait apparaître comme une organisation de racket, de chantage et de pression, on l'interdit. On l'interdirait alors sur la base des mêmes critères qui nous amèneraient à agir de cette manière vis-à-vis d'autres manifestations ou organisations (par exemple d'extrême droite). Nous ne devons pas donner l'impression que nous entrons dans une dialectique de marchandage. Soit nous interdisons le PKK, soit nous maintenons le statu quo. Il serait tout à fait inadéquat d'expulser douze de ses membres!

Mme Aubry: Je partage l'avis de M. Tschopp. Toutefois, j'estime qu'il serait préférable de ne pas fixer le nombre d'expulsions. La commission doit simplement protester et monter son mécontentement au PKK qui détient pour l'instant

des otages. Notre commission n'a pas à menacer le PKK - ce n'est pas son travail -, mais elle doit exprimer le fait qu'elle ne peut accepter le chantage avec des otages pour se faire reconnaître.

Au cours du mois de juillet, j'ai lu un excellent article dans la NZZ concernant la situation entre le PKK, les Kurdes et les Turcs. Il m'a frappé, car son auteur n'a pas osé signer par peur des représailles. Une telle attitude est très significative du contexte actuel. Il y a quelque chose qui ne tourne pas rond chez nous!

M. Rebeaud: Le Conseil fédéral et l'autorité exécutive accomplissent un travail très délicat dans cet affaire. Dans l'opinion publique tout le monde ne fait pas la distinction entre le PKK et les Kurdes, car dans cette affaire le PKK s'exprime au nom du peuple kurde - certainement de manière abusive. Par conséquent, la seule chose sur laquelle nous pouvons trouver un accord au sein de cette commission dans cette affaire, c'est que l'ordre constitutionnel et légal dans notre pays doit être respecté par tout le monde, y compris par les membres du PKK. En revanche, faire un amalgame entre ce qui se passe en Anatolie, le destin des citoyens suisses qui ont été impliqués là-bas dans des problèmes politiques qui les dépassent complètement et le respect du droit dans notre pays donnera lieu à des malentendus que je ne suis pas d'accord d'assumer en tant que membre de la Commission de politique extérieure. Dans le cas particulier, le silence est d'or. Je vous propose de vous rallier à la prudence de M. Eggly.

Präsident: Wir werden wie üblich im Kommuniké erwähnen, dass wir uns mit dieser Sache eingehend beschäftigt haben. Bei Nachfragen lauten unsere Antworten: Wir wollen keinen Stellvertreterkrieg hier. Wir fordern die Geiseln zur sofortigen Freilassung der Geiseln auf und unterstützen die Bemühungen des Bundesrates.

Vollmer: Es wäre gut, dies als APK zu beschliessen: Wir unterstützen den Bundesrat in seinen Bemühungen und appellieren an die Geiseln, die Geiseln raschmöglichst freizulassen.

Das Prozedere dieser Freilassung zu diskutieren, kann nicht unsere Aufgabe sein.

M. Tschopp: Je me rallie à la proposition de M. Vollmer. Cependant, n'oublions pas que nous sommes impliqués depuis le mois de juillet, d'autant que nous avons reçu officieusement des représentants du PKK. Je ne suis plus suffisamment naïf pour ne pas croire à une liaison entre les événements actuels et cet élément. Bien entendu, il ne s'agit pas de discuter maintenant des détails de l'expulsion, mais en tant que député genevois je suis très sensible aux prises d'otages quelles qu'elles soient. Puisque nous avons une relation avec des représentants du PKK, nous devons au moins adresser un signe, car celui du gouvernement est trop général.

M. Ziegler Jean: Le communiqué de presse devrait exprimer notre compréhension et notre soutien aux familles des otages.

En ce qui concerne les méthodes de travail de notre commission, il faudrait trouver le moyen d'imposer le secret des délibérations afin que nous puissions disposer d'un tableau réaliste des négociations relatives à ce genre d'affaire. Prétendre qu'on discute uniquement avec le gouvernement turc et qu'on n'a aucun rapport avec le PKK n'a aucun sens. Ce type de discussion est tout à fait sans intérêt.

Mme Aubry: Les familles des otages ne sont pas délaissées. Plusieurs fois par jour des personnes du département les contactent afin de les informer de l'évolution de la situation. La télévision a prétendu à tort que l'administration et les responsables politiques se désintéressaient des familles. Il ne faut pas encore mêler ces dernières à une déclaration de la commission.

Präsident schliesst die Diskussion und stellt den Antrag, dass im Kommuniké folgendes festgehalten wird: Die Kommission hat sich mit der Problematik intensiv beschäftigt. Sie fordert die Geiselnahmer auf, die Geiseln unverzüglich freizulassen und unterstützt die Bemühungen des Bundesrates in dieser Angelegenheit.

Die **Kommission** ist einverstanden.

3.2. Die Lage im ehemaligen Jugoslawien La situation dans l'ancienne Yougoslavie

Kellenberger: Die bosnischen Serben haben akzeptiert, was bezüglich der Grenzen und Verfassungsprinzipien der jetzt sogenannten Union der Republiken von Bosnien-Herzegowina in Genf ausgehandelt wurde. Das muslimische Parlament hat den Plan weder angenommen noch abgelehnt und verlangt zusätzliche Verhandlungen über die Grenzen und Verfassungsprinzipien. Die Haltung der bosnischen Kroaten ist mir nicht völlig klar. Jedenfalls gehen die Verhandlungen über diese beiden Punkte heute weiter.

Mühlemann: Zur Friedensschliessung können wir eindeutig wenig beitragen. Der Konflikt hat eine lange Geschichte. Trotzdem ist es erstaunlich, wie es einem Aggressor gelungen ist, einen Teil seiner Grossmachtpläne, die er 1986 entwickelt hat, zu verwirklichen. Daran sind viele schuld. Auch viele kroatische Persönlichkeiten, mit denen ich gesprochen habe, bekennen sich schuldig, weil sie 1988 teilnahmslos zusahen, wie Serbien in Kosovo-Albanien mit seinen 90 Prozent Albanern die gesamte Kaderorganisation dort mit Folter und Gefängnis ausgelöscht hat. Danach kam der Angriff auf Slowenien und Kroatien, wobei Milosevic und seine Clique einmal zurückgesteckt hat, nämlich nach dem brutalen Angriff auf Vukovar und Dugonik, als die EG sich einmal ermahnte, etwas zu tun. Dem folgte aber der Krieg in Bosnien mit dem Ergebnis, dass die Serben 52 Prozent des Terrains erhalten werden, nachdem sie vorher 39 Prozent innehatten. Die Kroaten bleiben bei ihren 17 Prozent, und den Muslimen verbleiben von ihren 44 Prozent noch 31 Prozent. Also 13 Prozent Land hat der Aggressor gewonnen und dazu Tausende von Menschen verschleppt, geschändet und getötet. Dieses grauenhafte Endergebnis muss man offenbar hinnehmen, weil die militärischen Fakten so sind. Wenigstens müssen wir einmal für alle Zeiten festhalten: Der Aggressor heisst Serbien. Die Hauptopfer sind die Muslime. Den unglückseligen Kroaten ist zu sagen, dass sie natürlich auch ein Teil der Opfer sind. Sie haben eine ungeschickte Art sich darzustellen. Wenn ihr Präsident jede Pressekonferenz zu einer militärischen Kommandoausgabe ohne jede Kommunikation mit den Journalisten macht, dann muss er sich nicht wundern, wenn er an die Zeit des Zweiten Weltkrieges erinnert wird. Aber Tatsache ist, dass die Kroaten zu aggressiven Aktionen nicht in der Lage sind. Ihnen fehlen die Waffen, und selbst dort, wo ein Bürgerkrieg zwischen Kroaten und Muslimen heraufbeschworen wurde wie in Mostar, sind die Zustände grotesk. Man kann einen toten Muslim finden, der aus dem Ostteil von Mostar den Westteil der Stadt angegriffen hat, wo sich seine Familie befindet und von den Kroaten unterhalten wird. Das EDA muss nun einige Erfolge aufweisen können, was in der Angelegenheit mit der Türkei kaum mehr möglich ist. Aber im ehemaligen Jugoslawien können wir Flüchtlingshilfe vor Ort leisten. Nirgends geht es so gut wie dort, weder auf Sri Lanka noch in Anatolien. Die vertriebenen Muslime, Serben oder Kroaten wollen nicht zu uns, sondern in der Nähe ihrer Dörfer bleiben und sofort nach Friedensschluss zurückkehren, um sie aufzubauen. Zwei Drittel der bosnischen Dörfer sind zerstört. Hier möchte ich Herrn

Raedersdorf danken. Was er und sein SKH mit den lediglich 11.4 Millionen Franken getan hat, ist mustergültig. In Schablina hat man nicht nur Häuser aufgebaut, sondern Kindergärten, Schulen und Flüchtlingsheime eingerichtet und die Apotheke und die Wasserversorgung wieder hergestellt. Und doch ist es zu wenig. Hunderte von Bürgermeistern möchten eine solche Unterstützung. Warum streiten wir uns hier weiterhin über die Aufnahme von Asylbewerbern, wenn wir vor Ort helfen könnten, so dass die Menschen mit Ausnahme von Schwerverletzten gar nicht zu uns kommen müssten? Deshalb dürfen wir die Mittel für Herrn Raedersdorf nicht kürzen. Unsere Diplomaten hätten in diesem ganzen Gebiet eine wirksame, friedensfördernde Aufgabe. Die Grenzen innerhalb von Ex-Jugoslawien sind heute so hermetisch abgesperrt wie die zwischen Deutschland und der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Wer in Tirana, in Zagreb oder in Athen Botschafter ist, hat Einfluss auf bestimmte Gebiete. Die Verbindung mit einem Geschäftsträger in Belgrad müsste intensiver sein. Ich bin enttäuscht darüber, dass Zagreb erstens personell sehr schwach dotiert ist und dass zweitens die dort Anwesenden keinerlei Interesse haben, irgendwelche Orte ausserhalb ihrer Administration zu besuchen. Unsere Diplomaten müssen hier mehr tun. Wir müssen wieder zu den Zeiten zurückkehren, in denen unsere Guten Dienste aktiv ausgeübt wurden. Dann haben wir Chancen, zwar nicht auf der hohen Bühne in Genf, aber vor Ort einiges zu bewegen.

Frau Segmüller: Was bedeutet es, dass über die Lager und die Vergewaltigungen nichts mehr zu hören ist? Abgesehen vom beinahe missbräuchlichen Medienrummel bei der Evakuierung von Kindern: Wie sieht hier die mittelfristige Politik der Schweiz aus? Wie gestaltet sich die Durchführung der humanitären Arbeit, wenn UNO-Truppen behindert und von Belagerten fast als Geiseln zurückgehalten werden?

M. Ruffy: Le Conseil fédéral a-t-il examiné une prise de position de la Suisse vis-à-vis de l'éventuelle décision d'intervention en ex-Yougoslavie de l'Otan présentée publiquement par Manfred Woerner?

Kellenberger: Wir teilen die Auffassung, dass die Serben die Hauptverantwortlichen an diesem Geschehen sind und haben dies auch immer gesagt. Allerdings haben wir uns geweigert, ihnen die ausschliessliche Verantwortung anzulasten. Zum Beispiel im Bereich der Menschenrechtsverletzungen wäre dies zu einfach. In der Jugoslawien-Politik haben wir eine klare Strategie verfolgt. Es gibt Dinge, die wir aus innenpolitischen und aus rechtlichen Gründen nicht machen können. Wir konnten nicht wie die Niederlande, wie Belgien, Spanien, Frankreich und England substanzielle Beiträge zu den friedenserhaltenden Massnahmen leisten. Uns fehlt die Rechtsgrundlage, um Blauhelme zu schicken. Deshalb haben wir Schwerpunkte dort gesetzt, wo wir etwas tun können, und leisten einen überdurchschnittlichen Beitrag zur humanitären Hilfe vor Ort. Man kann hier Herrn Raedersdorfs Arbeit nicht hoch genug schätzen.

Ein anderer Schwerpunkt liegt im Bereich der Linderung von Not, zum Beispiel in der relativ grosszügigen Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen.

Als wir von den Vergewaltigungen und anderen Verbrechen erfuhren, hat das EDA den Plan eines Ad-hoc-Kriegsgerichts für Menschenrechtsverbrechen vorangetrieben. Nun kandidiert ein Schweizer für ein Richteramt dort.

Diplomatisch ist unser Spielraum dadurch eingeschränkt, dass wir nicht an allen in Frage kommenden Organisationen und Konferenzen beteiligt sind. In der KSZE waren wir eine der treibenden Kräfte, die auf eine grössere Aktivität drängten. Zur Jugoslawien-Konferenz waren wir nicht eingeladen und haben um unsere Teilnahme daran gekämpft. Wir haben nun einen Diplomaten in der wichtigsten und heikelsten Verhandlungsgruppe, in der es um Probleme von Minderheiten und Nationalitäten geht. Gerade hier haben wir Erfahrung und wollen sie als eine unserer Stärken nutzvoll einbringen.

Die Personalbestände unserer Vertretungen in Zagreb und Belgrad sind bekannt. Und das EDA steht in der derzeitigen Finanzlage vor der Herausforderung, sein Personal einzuschränken, wobei die Kürzungen wahrscheinlich an den Aussenposten vorgenommen werden müssen. Gerade in Zagreb waren wir gezwungen, aus familiären Gründen den Botschafter auszuwechseln. Wir haben einen sehr guten Geschäftsträger dorthin geschickt. Unsere Botschaft in Belgrad hat immerhin zwei Diplomaten. Wir finanzieren zum Teil Projekte mit, die Forschungen und Arbeiten zugunsten derjenigen Kreise unterstützen, die in Serbien andere Verhältnisse herstellen möchten. Überhaupt situieren sich gewisse Projekte im Rahmen von friedensfördernden Bemühungen.

Auch nachdem die Verbrechen in den Lagern nicht mehr die hiesigen Schlagzeilen ausmachten, haben wir auf der diplomatischen Ebene weiter darauf gedrängt, Informationen und Material darüber zu sammeln, und zwar mit Hinblick auf das geplante Ad-hoc-Kriegsgericht. Eins seiner wichtigsten Ziele muss seine präventive Wirkung sein.

(à M. Ruffy) Le processus de décision n'est pas tout à fait achevé. Il faut encore le feu vert du secrétaire général de l'ONU et - selon les Belges - formaliser la décision au sein du Comité de l'Otan. Il n'était donc pas nécessaire de prendre position.

Raedersdorf: Ich kann Ihr Kompliment nicht nur an meine Mitarbeiter, die es verdient haben, weiterleiten, sondern auch Ihnen zurückgeben. Sie haben uns ermöglicht, mit 1.05 Milliarden Franken für die laufenden Jahre unseren Auftrag zu erfüllen, und für 1992 und 1993 wurde die humanitäre Hilfe im Budget nicht gekürzt.

Für die Ereignisse bis Ende dieses Jahres gibt es nur die drei Szenarien: Entweder geht es weiter wie bisher, wobei man viel Mühe hat, in das Kriegsgebiet hineinzukommen. Wir sind in Mostar und in Tuzla, aber tiefer hinein können wir nicht.

Zweites Szenarium: Die Friedensverhandlungen führen zum Erfolg. Dann werden enorme Anstrengungen für den Wiederaufbau nötig sein.

Drittes Szenarium: Der Krieg wird noch verstärkt.

Auch hier werden wir nicht darum herumkommen, einen zweiten Nachtragskredit 1993 zu verlangen. Es wird sich um 10 bis

15 Millionen Franken handeln, wenn der Frieden nicht kommt. Im anderen Fall werden wir enorme Mittel investieren müssen.

UNICEF und HCR versuchen, sich der Opfer der Vergewaltigungen anzunehmen. Es ist schwierig, an diese Frauen heranzukommen und sie dazu zu bewegen, als Zeuginnen aufzutreten. Trotzdem wurde es dem UNICEF möglich, zwei Lager aufzubauen. Wir unterstützen UNICEF und HCR finanziell für diese Aufgabe. Frauen, die sich melden, werden nach wie vor betreut.

Wegen der 41 Kinder, die zu einem abstossenden Medienspektakel missbraucht wurden, waren wir einige Tage zuvor mit dem BFF in Kontakt und bereit, den Transport sicherzustellen. Wir hatten dies bereits mit dem HCR abgesprochen. Leider ist dann eine HCR-Sprecherin etwas schnell an die Presse gelangt. Trotzdem ist jedes schwerverletzte Kind, das man herausholen kann, dies wert. Das BFF arbeitet, wie mit uns abgesprochen, mit OEM zusammen. Sobald der Frieden kommt, werden solche Aktionen en masse stattfinden müssen.

Im Moment können wir mit unseren Fahrzeugen, die als SKH gekennzeichnet sind, nicht nach Mostar hineinfahren. Trotzdem kann man den Kontakt mit den Behörden aufrecht erhalten. Zwei unserer Projekte wurden erneut beschädigt, eins davon ganz zerstört. Solche Behinderungen lassen sich leider nicht umgehen und werden sich immer wieder ereignen. Die humanitäre Hilfe wird dadurch einmal mehr zum Spielball der Politik wie jetzt bei dem in Mostar blockierten Konvoi.

Mühlemann: (Zu Herrn Kellenberger) Mein Votum war eine Ermunterung. Im Konflikt mit der Türkei sage ich voraus, dass es keine Erfolge geben wird. Hier dagegen können Sie Erfolge melden und sollten das auch tun. Man weiss zu wenig von der Tätigkeit des SKH. Mit 11.5 Millionen Franken wurde Erstaunliches getan. Dort noch mehr zu gewähren, wären keine Ausgaben, sondern Investitionen. Ein Flüchtling dort kostet uns siebenmal weniger als hier. Die meisten wollen auch gar nicht herkommen. Die Hilfe vor Ort muss durchgesetzt werden.

Im übrigen war es in Kroatien möglich, mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen, mit allen Parteichefs, dem Kardinal, das UNO-Hauptquartier zu besuchen - lauter Gelegenheiten, die einem Schweizer Diplomaten sonst nicht so einfach zufallen. Trotzdem wollte nie einer mitkommen. Ein anderes Beispiel: Die Parteienhilfe-Ost hat in Bulgarien ein Seminar durchgeführt, das von allen bulgarischen Teilnehmern als positiv beurteilt wurde. Nur unser Botschafter in Sofia hat darüber einen verheerenden Bericht abgeliefert. Vielleicht wird das nächste Seminar in Albanien abgesetzt werden, weil ein Botschafter dort falsch reagiert. Ich fühle eben nicht bei allen dieses feu sacré, das in der heutigen Umbruchszeit vorhanden sein muss.

Präsident: Sicher sind die grosse Mehrheit sehr gute Diplomaten und Aussendienstmitarbeiter. Aber es gibt auch andere. Es ist sinnvoll, wenn dies die Spitze der Diplomatie vernimmt.

Raedersdorf: Die Projekte, die das SKH selber durchführt, belaufen sich auf rund 12 Millionen Franken. Die gesamte

humanitäre Hilfe hat seit Ausbruch des Konflikts vor zwei Jahren bereits 75 Millionen Franken investieren müssen. Im Moment haben wir noch 4 Millionen Franken, weshalb ich einen Nachtragskredit ankündigen musste. Jene 63 Millionen Franken wurden über die internationalen Organisationen und über die schweizerischen Hilfswerke eingebracht, mit Nahrungsmitteln, finanzieller Unterstützung. Das IKRK ist zum Beispiel sehr aktiv; HCR, OEM, Ex-Charitas usw. sind es auch.

M. Ziegler Jean: A l'occasion de précédents exposés, nous avons eu l'impression que le DFAE participait très activement à la création d'un tribunal international pour crimes de guerre. Ces derniers jours, à la lecture des journaux nous apprenons que le candidat suisse à ce tribunal est un procureur militaire, le pire s'agissant des objecteurs de conscience. M. Barras est certainement un juriste local très compétent mais, lorsqu'on dispose en Suisse de professeurs de droit familiariser avec la problématique des crimes de guerre et des violations de droits de l'homme, je suis étonné de ce choix. La candidature Barras a-t-elle été présentée par le Conseil fédéral ou est-elle individuelle? Quels sont les rapports actuels du département avec ce tribunal? Peut-on changer cette candidature?

Oehler: Mit Blick auf die Innenpolitik ist es sehr wichtig, auf die Erfolge des EDA hinzuweisen. Die Einstellung eines neuen jugoslawischen Mitarbeiters zum Beispiel löst derzeit in den Betrieben erhebliche Probleme aus. In einem Fall wurde sogar dagegen rebelliert. Die Leute sollten zuhause ihr Land in Ordnung bringen, statt bei uns zu arbeiten, heisst es. Daher sollten Tätigkeiten des SKH und Ergebnisse unserer humanitären Hilfe der Bevölkerung laufend dargelegt werden. Bei den kommenden Sparmassnahmen genügt es nicht, wenn nur wir mit einem möglichen Nachtragskredit einverstanden sind.

Kellenberger: Ich habe Ihren Wunsch registriert, dass das EDA insbesondere auch bei der humanitären Hilfe seine Arbeit in der Öffentlichkeit besser darstellen soll. Wir sind froh, wenn uns Ihre Kommission darin unterstützt. Davon unabhängig möchte ich hier für meine Kollegen eintreten.

(à M. Ziegler Jean) Nous avons poursuivi nos efforts en faveur de la création de ce tribunal de guerre, car l'aboutissement de ce projet était une de nos priorités. Nous étions impliqués dans la préparation des statuts et avons même présidé des réunions d'experts. Bien entendu, il faut l'accord du chef du département pour la présentation de la candidature suisse. Je peux vous indiquer que d'autres candidats envisageables ont refusé les propositions qui leur étaient présentées.